

Kreisausschuss-Sitzung am 22.01.2024 -öffentlicher Teil-		Gesetzliche Mitgliederzahl: 11	
		davon anwesend: -	
TOP: 5	Sache / Beschluss	Abstimmungsergebnis	
		Dafür	Dagegen

Beantragung von Fördermitteln aus dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI)

Beschlussvorlage:

Mit dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) fördert die Landesregierung Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in rheinland-pfälzischen Kommunen.

Insgesamt umfasst das Programm 250 Millionen Euro. Das Programm besteht aus zwei Teilen: einer einwohnerbezogenen Pauschalförderung mit einem Volumen von 180 Millionen Euro und einem Wettbewerb für Kommunale Gebietskörperschaften und private Unternehmen mit einem Volumen von 60 Millionen Euro.

Als einwohnerbezogene Pauschalförderung stehen dem Landkreis Kusel insgesamt 1,022 Mio. Euro zur Verfügung. Ein kommunaler finanzieller Eigenanteil ist nicht notwendig.

Diese Mittel können bis zum 31.01.2024 beantragt werden. Der Mittelabruf muss bis zum 31.01.2026 erfolgt sein. Der Nachweis der Mittelverwendung muss bis zum 31.12.2026 beim zuständigen Ministerium eingereicht werden.

Generell sind von den zur Verfügung stehenden Mitteln mind. 75% für kommunale Klimaschutzmaßnahmen zu verwenden und maximal 25% für kommunale Maßnahmen zur Klimawandelanpassung.

Die Verwaltung schlägt vor, die zur Verfügung stehenden Mittel wie folgt einzusetzen:

Nr.	Maßnahme	Kostenschätzung
1.	Zentrale Wärmeversorgung der Kreisverwaltung Kusel auf Basis von Erdwärme und PV	631.000,00 €
2.	PV Anlage Dienstgebäude C Eigenanteil: 40.000,00 €	265.000,00 €
3.	Erneuerung Hausanschluss Dienstgebäude und Elektroladesäulen für E-Fuhrpark	59.000,00 €
4.	Klimafolgeanpassung: Verschattungen Schulhöfe Eigenanteil: 3.772,64 €	110.800,00 €
Summe		1.065.800,00 €
KIPKI Mittel		1.022.027,36 €
Eigenanteil		43.772,64 €

Zu 1.) Zentrale Wärmeversorgung der Kreisverwaltung Kusel auf Basis von Erdwärme und PV

Die Kreisverwaltung Kusel besteht aus insgesamt 5 Gebäudeteilen (A-E) mit unterschiedlichem Sanierungsstand. Die Wärmeversorgung der Gebäude erfolgt derzeit über einen zentralen Anschluss an ein Nahwärmenetz der Stadtwerke Kusel sowie zusätzlich drei BHKW's in dem Heizraum der Verwaltung. Das Nahwärmenetz der SW Kusel wird mit einem BHKW sowie zwei Spitzenlastkesseln mit Erdgas betrieben.

Die Kreisverwaltung saniert derzeit alle Gebäudeteile und plant die Installation von PV-Anlagen auf allen geeigneten Gebäudedächern. Dadurch wird die erforderliche Heizlast auf ca. 270 kW reduziert.

In diesem zukünftigen sanierten Zustand soll die Wärmeerzeugung durch eine Wärmepumpe mit Erdsonden erfolgen. Die Wärmepumpe deckt dabei einen Anteil an der Wärmeerzeugung von mind. 65 %.

Durch das Sanierungs- und Wärmekonzept der KV Kusel können die Gebäude der Kreisverwaltung weitgehend klimaneutral beheizt und damit eine nachhaltige Wärmeversorgung unter Nutzung der Sektorenkopplung realisiert werden. Die Wärme wird dann zu mehr als 65 % aus regenerativen Energien (Erdwärme und Solarstrom) erzeugt.

Zu 2.) PV Anlage Dienstgebäude C

Geplant ist eine PV-Anlage auf dem Dienstgebäude C mit 68 kWp, was einen Ertrag von ca. 48.500 kWh / a erwarten lässt.

In Verbindung mit der – schon beauftragten – PV-Anlage auf Dienstgebäude A mit 54 kWp bzw. Ertrag von ca. 38.500 kWh / a würde sich ein Gesamtertrag von ca. 87.000 kWh / a ergeben.

Bei einem Gesamtstromverbrauch von ca. 167.000 kWh für die gesamte Kreisverwaltung ergibt sich ein theoret. Deckungsanteil von ca. 52%.

Ausgehend von einem mögl. Eigenverbrauch i. H. v. 80%, kann ein Autarkiegrad von bis zu 41% erreichbar sein. Dieser rel. hohe Anteil wird u. a. mit zwei zusätzl. insgesamt 100 kWh Batteriespeicher erreicht.

Die übrigen 20 % Leistung sollen über einen Bilanzkreis in einer anderen Liegenschaft des Landkreises verbraucht werden (bspw. Gymnasium Kusel).

Die geschätzten Kosten belaufen sich auf 165.000.- € für die PV-Anlage, inkl. Anbindung und sonst. Nebenkosten sowie 100.000.- € für zwei Batteriespeicher, in Summe: 265.000.- € (brutto).

Zu 3.) Erneuerung Hausanschluss Dienstgebäude und Elektroladesäulen für E-Fuhrpark

Der Hausanschluss stößt schon jetzt an seine Kapazitätsgrenze.

Dies ist auch der Grund, warum die PV-Anlage auf Dienstgebäude A nicht installiert werden kann. Für die zusätzl. geplante PV-Anlage auf Dienstgebäude C sowie die zusätzl. geplanten Ladestationen reicht der vorhandene Hausanschluss bei weitem nicht aus.

Die vorhandenen Ladestationen können momentan nur mit Lastmanagementsystem betrieben werden, da eine gleichzeitige Ladung die vorh. Leistungskapazität überschreiten würde.

Geplant ist deshalb eine Erneuerung bzw. Kapazitätserweiterung um min. 55 – 66 kW.

Angebot der Stadtwerke steht noch aus; geschätzte Kosten: 59.000.- € brutto.

Zu 4.) Klimafolge: Verschattungen Schulhöfe

Die UV-Belastung in Deutschland ist in den letzten Jahren weiter angestiegen, Kinder und Jugendliche sind besonders gefährdet. Um hier Abhilfe zu schaffen sollen an verschiedenen Schulstandorten, mit wenig Baumbestand, Sonnensegel an besonders exponierten Stellen angebracht werden.

Die Sonnensegel bestehen aus PVC beschichtetem Netzgewebe sind UV-stabil, wetterfest, reißfest und schwer entflammbar. Die Segel müssen im Winter abgebaut werden.

Im Dezember 2023 erfolgte eine Bestandsaufnahme der vorhandenen natürlichen und technischen Beschattungsmaßnahmen an den Schulen.

Hierbei wurde festgestellt, dass sechs Schulstandorte über wenig bis keine Schattenplätze verfügen. Diese sind die Janus Korczak Schule, die Realschule+ und das Veldenz Gymnasium in Lauterecken, das Schulzentrum und das Siebenpfeiffer Gymnasium in Kusel, sowie die IGS in Schönenberg-Kübelberg.

Schule	Maße	Standort	Kosten (brutto) €
Janusz Korczak Schule	10 x 5	Spielplatz	16.300,00 €
Veldenz Gymnasium	10 x 4	Sportplatz	16.300,00 €
Realschule Plus Lauterecken	10 x 4	Pausenhof	16.300,00 €
Schulzentrum Kusel	10 x 4	Sportplatz	16.300,00 €
Gymnasium Kusel	9,8 x 5,2 x 8,2 x 8,2	grünes Klassenzimmer	4.500,00 €
	15 x 9 x 14	Pausenhof	27.900,00 €
IGS Schönenberg	8 x 6	Sportplatz	13.200,00 €
Summe			110.800,00 €

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung, Fördermittel aus dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) entsprechend der Beschlussvorlage zu beantragen.